

SP-Präsidium • c/o AStA • Nassestr. 11 • 53113 Bonn

1. Sprecher: Kay A. Frenken  
c/o AStA der Uni Bonn  
Nassestraße 11  
53113 Bonn

Tel: 0228 - 737033  
Mail: sp@uni-bonn.de

**Bonn, 26. Februar 2021**

**Beschlussausfertigung:** Erneuerung des Bekenntnisses gegen Antisemitismus  
**Antragstellende\*r:** Stefan Turnsek (RCDS)  
**Sitzung des Beschlusses:** konstituierende Sitzung  
**Datum der Sitzung:** 27. Januar 2021  
**Empfänger\*innen:** Studierendenparlament und sein Präsidium

Das XLIII. Studierendenparlament der Rheinischen Friedrichs-Wilhelm-Universität Bonn hat in seiner

**konstituierenden Sitzung am 27. Januar 2021**

einstimmig den angehängten Antrag des o.g. Antragstellenden

**zur Erneuerung des Bekenntnisses gegen Antisemitismus,**

verändert durch einen übernommenen Änderungsantrag,

beschlossen.



Kay A. Frenken  
– Erster SP-Sprecher –

**Anhang:**

- Beschlossener Antrag
- Anlage 1: Beschluss des 42. Studierendenparlamentes
- Anlage 2: Beschluss des 41. Studierendenparlamentes
- Anlage 3: Stellungnahme des 40. Studierendenparlamentes
- Anlage 4: Resolution der ersten Deutsch-Israelischen Studierendenkonferenz

**Antrag der Fraktion des RCDS zur Erneuerung des Bekenntnisses gegen  
Antisemitismus in seiner beschlossenen Form.**

Das SP hat beschlossen:

Das 43. Bonner SP bekennt sich zu den Positionierungen der Vorgängerparlamente bzgl. Antisemitismus. Daher übernimmt es den diesbezüglichen Beschluss von der 2. ordentlichen Sitzung des 42. SP (16.02.2020).

Das Präsidium wird aufgefordert, ihn bei der Ausfertigung des Beschlusses als Anlage zu ergänzen.

Die Erneuerung des Antrags soll verdeutlichen, dass Antisemitismus keinen Platz in unserer Gesellschaft haben darf.

[beschlossene Form ausgearbeitet durch das SP-Präsidium]

**Anlage 1: Beschluss des 42. Studierendenparlamentes**

Das 42. Bonner SP bekennt sich zu den Positionierungen der beiden Vorgängerparlamente bzgl. Antisemitismus. Daher übernimmt es den diesbezüglichen Beschluss von der 7. ordentlichen Sitzung des 41. SP (17.07.2019).

Das Präsidium wird aufgefordert, ihn bei der Ausfertigung des Beschlusses als Anlage zu ergänzen.

**Anlage 2: Beschluss des 41. Studierendenparlamentes**

Das 40. Bonner Studierendenparlament verurteilte den Angriff eines Zwanzigjährigen auf den israelischen Professor Jitzchak Jochanan Melamed im Hofgarten vom 11.07.2018 zutiefst. Es kritisierte den Versuch der antisemitischen BDS-Bewegung, den Vortrag des jüdischen Wissenschaftlers Dr. Amichai Magen im Rahmen der Veranstaltung zum Thema „Managing Terrorist Threats: The Growing Democracy Advantage“ vom 12.07.2018 zu verhindern, scharf. Ein Jahr nach den Vorfällen erneuert das 41. Bonner SP diese Positionierung und nimmt das Bekenntnis einschließlich der damaligen Begründung in seine eigene Beschlusslage auf (Anlage 1).

Zudem begrüßt es das Zustandekommen sowie die Arbeit der ersten Deutsch-Israelischen Studierendenkonferenz vom 15. – 16. Juni 2019 und unterstützt die dort gefasste Resolution (Anlage 2).

**Anlage 3: Stellungnahme des 40. Studierendenparlamentes**

„Die Bonner Studierenden stehen geschlossen mit ihren jüdischen Kommilitonen und Kommilitoninnen und Mitbürgern und Mitbürgerinnen. Die Bonner Studierenden verurteilen Gewalt und Antisemitismus; sie verurteilen die Täter und Täterinnen und sind mit den Opfern solidarisch. Dass alleine von der öffentlich sichtbaren Zugehörigkeit zum Judentum eine körperliche Gefahr ausgeht, darf nicht sein.

Kein Ort steht mehr für Freiheit, Toleranz, Vielfalt und den offenen, gewaltfreien Diskurs als eine Universität. Die Freiheit von Forschung und Lehre ist ein zentraler Wert einer jeden Demokratie und unserer Republik. Darauf sind wir stolz. Beide beschriebenen Vorgänge waren auch Angriffe auf all diese Werte, weshalb das SP sie in besonderer Weise verurteilt. Das SP bedauert, das Bekenntnis zu solchen scheinbaren Selbstverständlichkeiten explizit beschließen zu müssen und ist darüber besorgt, dass sie sogar hier an der Uni Bonn nicht überall Realität sind.

**Anlage 4: Resolution der ersten Deutsch-Israelischen Studierendenkonferenz**

„1) Das Recht Israels, als jüdischer und demokratischer Staat in Sicherheit und Frieden zu existieren, ist für uns eine Selbstverständlichkeit, deren Infragestellung wir nicht tolerieren. Das Recht eines jeden Staates auf Selbstverteidigung gilt ebenso selbstverständlich auch für Israel.

2) In Vergangenheit und Gegenwart dienten Antisemitismus und Israelhass als ideologische Grundlage antidemokratischer Bündnisse, die lediglich der Hass auf Juden und den jüdischen Staat einte. In Anerkennung dieser Tatsache stellen wir uns unterschiedslos gegen alle Feinde Israels, egal ob sie der politischen Linken, der politischen Rechten, der Mitte der Gesellschaft oder dem islamischen Spektrum zuzuordnen sind.

3) Die IHRA Antisemitismusdefinition, welche auch die Bundesregierung verabschiedet hat, bietet eine klare Grundlage zur Identifikation von Judenhass und ein wichtiges Werkzeug bei seiner Bekämpfung. Dabei spielt der israelbezogene Antisemitismus eine herausragende Rolle. Wir begrüßen die IHRA Antisemitismusdefinition ausdrücklich und möchten sie an allen Universitätsstandorten etabliert sehen. In unseren Organisationen findet sie Anwendung und wird in Bildungsangeboten den Mitgliedern vermittelt.

4) Die Boykottkampagne gegen Israel, verbunden mit dem Label ‚BDS‘, stellt einen besonders aggressiven Ausdruck des israelbezogenen Antisemitismus dar, für den es keinen Raum an deutschen Universitäten geben darf. Wer die akademische Freiheit anderer wegen ihrer Herkunft bzw. ihres Wohnortes nicht akzeptiert, kann sie selbst nicht unbegrenzt einfordern. Für uns schließt sich jegliche Zusammenarbeit mit BDS, seinen Akteurinnen und Akteuren sowie mit deren Partnern grundsätzlich aus.

5) Mit Israel, der einzigen Demokratie des Nahen Ostens, verbinden uns nicht nur Werte, sondern auch gemeinsame Interessen. Kooperation und akademischen Austausch

zwischen Deutschland und Israel begrüßen wir ausdrücklich und fördern ihn daher wo immer möglich nach Kräften.

6) Die Erforschung des Antisemitismus, seiner Genese und seiner Wirkweise, sowie die Vermittlung entsprechender Erkenntnisse an Multiplikatoren und Entscheidungsträger sind für die erfolgreiche Bekämpfung des Antisemitismus von höchster Wichtigkeit. Wir setzen uns deshalb dafür ein und fordern von Universitäten und Politik, bundesweit und fächerübergreifend weitere Lehrstühle im Themenbereich Antisemitismusforschung zu etablieren. Der Themenbereich muss flächendeckend auch und insbesondere in den Studienordnungen der Politik- und Sozialwissenschaften, sowie den Lehramtsstudiengängen verankert werden.

Wir alle sprechen uns konsequent gegen Antisemitismus in unseren Gruppen aus und werden ihn mit aller Härte begegnen.“